

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

**Schutz Pflegebedürftiger vor steigenden Kosten**

Anfrage des Abgeordneten Jörg Hillmer (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 10.02.2023

Mit dem Ziel, Pflegebedürftige vor einer „Kostenexplosion“ zu schützen, stellte die damalige niedersächsische Gesundheitsministerin Daniela Behrens am 26.8.2022 in einer Pressemitteilung eine Länderinitiative vor. Sie kündigte an, Niedersachsen wolle gemeinsam mit Schleswig-Holstein und anderen Ländern den Bund auffordern, Maßnahmen zur Entlastung Pflegebedürftiger zu ergreifen. Angesichts massiver Kostensteigerungen durch wirtschaftliche Auswirkungen des Ukraine-Krieges sowie der am 1. September 2022 in Kraft getretenen Tariftreueverordnung hieß es konkret, dass eine Begrenzung der Eigenanteile in der Pflege erreicht werden solle.

Ministerin Behrens kündigte hierzu außerdem an, dass sich Niedersachsen unabhängig von der aktuellen „Kostenexplosion“ beim Bund für eine generelle Pflegereform einsetze.

1. Wann ist die Länderinitiative beim Bund eingereicht worden?
2. Welches Ergebnis der Länderinitiative konnte beim Bund erreicht werden?
3. Wann können Pflegebedürftige konkret und in welcher Höhe mit Entlastungen ihres Eigenanteils durch die Länderinitiative rechnen?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um beim Bund eine Kostenentlastung Pflegebedürftiger durch eine generelle Pflegereform zu erreichen?